

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Coolidges Außenpolitik.

Erklärung nach der Wahl.

Auf Anfragen der amerikanischen Presse im Weißen Haus in Washington über die Außenpolitik des wiedergewählten Präsidenten Coolidge ist folgende Antwort erteilt worden:

1. Weitere Betreibung der internationalen Schiedsgerichte.
2. Abrüstung.
3. Keine Streichung ausländischer Schulden an Amerika, also auch der Kriegsschulden der Alliierten.
4. Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands.
5. Beteiligung an europäischen und Weltangelegenheiten, soweit amerikanische Lebensinteressen im Spiel sind.

Eine Erklärung Coolidges.

New York, 6. November. (Kabeldienst der Teunion.) Die gesamte republikanische Presse hat einen scharfen Kampf gegen La Follette eröffnet. Coolidge hat in einer Erklärung zum ersten Male die äußere Politik gestreift, indem er erklärt, die Macht Amerikas müsse dazu benutzt werden, bedrückten Völkern zu helfen und die friedlichen Beziehungen zwischen allen Völkern wieder herzustellen. Der Erfolg Coolidges ist hauptsächlich eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs, den die Vereinigten Staaten unter den Republikanern nach der Not der Nachkriegszeit nahmen. Viele Deutsche verlassen im letzten Augenblick La Follette, da sie befürchten, eine Verschleppung der Kongresswahlen durch ein totes Rennen könne Geschäftsunicherheit zur Folge haben.

La Follettes Erfolge.

6 bis 7 Millionen Stimmen.

New York, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Verteilung der Wählerstimmen bei den amerikanischen Wahlen ist immer noch nicht bekannt. Bis jetzt hat Coolidge in 34 Staaten gestiegt und daraus 389 Wahlmännerstimmen erhalten. Davis ist der Sieger in 13 Staaten, während La Follette, wie sich jetzt herausstellt, nicht nur in Wisconsin, sondern auch noch in einem anderen Staate siegreich gewesen ist.

Sowohl die republikanische wie die demokratische Presse haben den Erfolg La Follettes bisher zu verkleinern gesucht. Jetzt aber müssen sie, wenn auch widerwillig, zugestehen, daß von einem großen Erfolg La Follettes gesprochen werden muß. Die genauen Stimmenzahlen liegen noch nicht vor. Aber es erscheint wahrscheinlich, daß etwa sechs Millionen Wähler sich für La Follette entschieden haben. Besonders bemerkenswert ist, daß zwei Millionen dieser Stimmen aus den konservativen Nordstaaten stammen. Trotz der Parolen der Gewerkschaften und der Farmerverbände sind die Stimmen der Farmer und Arbeiter zu einem großen Teil bei den Kandidaten der beiden alten Parteien geblieben. Das will jedoch für die Zukunft gar nichts besagen. Entscheidend ist, daß La Follette und seine engeren Freunde der Meinung sind, daß durch das Wahlergebnis die Lebensfähigkeit der neuen Partei dargetan und eine weitaus genügend breite Grundlage für die Fortsetzung der Parteiarbeit gegeben ist.

La Follette nicht entmutigt.

New York, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) La Follette und der Generalsekretär der neuen Fortschrittspartei haben übereinstimmend erklärt, daß die Partei aufrecht erhalten werde und sich schon jetzt für den Wahlkampf um das Repräsentantenhaus vorbereite.

New York, 6. November. (T.L.) Es besteht die Möglichkeit, daß die Republikaner nur eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus erhalten, die aber so schwach sein wird, daß die demokratisch-fortschrittliche Minderheit die größte Bedeutung haben wird. Im Senat werden die Demokraten und die Fortschrittspartei zusammen mindestens ebenso stark wie die Republikaner sein, vielleicht werden sie sogar eine knappe Mehrheit haben. Den Republikanern ist es äußerst unangenehm, daß die Fortschrittler La Follettes als dritte Partei bestehen bleiben wollen.

Ein New Yorker Kabeltelegramm der „B. B.“ gibt die Stimmenverteilung wie folgt an: Coolidge 17, Davis 8 und La Follette 7 Millionen Stimmen.

Faschisten-Dämmerung.

Erregung in Italien.

Rom, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Zusammenstöße zwischen Faschisten und Anhängern der Vereinigung „Italia libera“ bei der Siegesfeier am Dienstag sind nicht nur auf Rom beschränkt geblieben. In allen Städten von Neapel bis Trient sind ähnliche Zwischenfälle vorgekommen. Bei der Feier in Verona kam es zu einer wilden Prügelei zwischen Faschisten und Frontkämpfern der „Italia libera“. Die Truppen mußten eingreifen und die Ordnung wiederherstellen. Die Erregung in der Bevölkerung über das Treiben der Faschisten gegenüber der Frontkämpfervereinigung, die über 800.000 Mitglieder zählt, ist sehr groß. Wie „Nuovo Paese“ meldet, haben die Leiter des italienischen Frontkämpferbundes als Protest gegen das Auftreten der Faschisten ihren Austritt aus der faschistischen Partei erklärt. Deppino Garibaldi, der Enkel des berühmten italienischen Freiheitskämpfers, hat in einer Proklamation die Regierung für die Vorkommnisse verantwortlich gemacht. Die Regierung ließ sie jedoch

beschlagnahmen. Der Beschlagnahme verfielen ebenso verschiedene Zeitungen, darunter der „Moan“ wegen Veröffentlichung „übertriebener Einzelheiten“ der Zusammenstöße am Dienstag.

Deutsche Einheitsfront in Prag.

Ablehnung des Budgets.

Prag, 6. November. (Tschechoslowakisches Pressebüro.) In der Sitzung des Budgetausschusses erklärte der Abg. Bobek (Deutsch-Christlichsozial): Wir sind überzeugt, daß alles Reden unnütz ist, denn die Gegenseite behütet das Budget als ein unantastbares Heiligtum. Wir sind aber nicht hierhergeschickt worden, um das Budget so zu schlucken, wie es uns vorgelegt wird. Aus diesem Grunde haben wir den Entschluß gefaßt, diesmal eine andere Taktik einzuschlagen, und uns der von den deutschen Sozialdemokraten angekündigten Taktik anzuschließen. Abg. Bollmann (Bund der Landwirte) führte aus: Wir haben durch vier Jahre hindurch uns bemüht, in diesem Parlament getreu der Sendung, die uns seitens unserer Wähler zuteil geworden ist, uns an dieser hohen Aufgabe zu beteiligen. Wir sind aber nicht mehr in der Lage, unter den gegenwärtigen Verhältnissen den uns gegebenen Versprechungen, daß uns eine gedeihliche Mitarbeit ermöglicht werden wird, Glauben zu schenken. Wir müssen uns gegen die Behandlung vermahnen, die die Opposition hier erfährt. Es ist nicht möglich für uns, weiter an den Verhandlungen des Budgets teilzunehmen, und ich bin namens der Arbeitsgemeinschaft beauftragt zu erklären, daß wir uns an der Debatte nicht mehr beteiligen werden. Finanzminister Becka beantwortete dann die in der Debatte gestellten Fragen. Was die von deutscher Seite vorgebrachten Einwürfe anbelangt, daß auch in diesem Jahre das Budget wieder verspätet vorgelegt wurde, so entschuldigte der Minister die Verspätung mit der außerordentlichen Sommerfession im Monat September. Der Generalberichterstatter schlug in seinem Schlusswort eine Resolution vor, worin der Regierung aufgetragen wird, allfällige spätestens in den ersten Oktobertagen dem Abgeordnetenhaus das Budget vorzulegen. Der Ausschuss beschloß hierauf, morgen die Spezialdebatte zu beginnen.

Der Fall Rathusius.

Der deutsche Botschafter in Paris hat bereits am Montag die französische Regierung um Aufklärung über die Verhaftung des Generals a. D. v. Rathusius erjucht und dabei auf die Erregung hingewiesen, die durch diese Verhaftung in Deutschland hervorgerufen werden dürfte und der am besten durch die Freilassung des Verhafteten vorzubeugen sein würde.

General v. Rathusius in die Viller Arrestanstalt überführt.

Paris, 6. November. (T.L.) General v. Rathusius ist gestern abend um 7.11 Uhr in Viller eingetroffen. „Deuxre“ meldet, daß sich General v. Rathusius den Reyer Rechtsanwalt Mikolaj zum Verteidiger genommen habe. Das Blatt stellt weiter fest, daß die Verhaftung des deutschen Generals in Lothringen, namentlich in Thionville und Forbach, eine gewisse Erregung hervorgerufen habe.

Linksblockwünsche für das Budget.

Paris, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die radikale und radikalsoziale Partei hat am Mittwoch eine Abordnung zum Finanzminister geschickt, um mit diesem gewisse Verbesserungen des eingebrachten Haushaltsplanes zu beraten, und damit den Haushalt mit den im Frühjahr gegebenen Versprechungen in Einklang zu bringen. Sie haben u. a. in Anregung gebracht, daß bis zur völligen Aufhebung des zwanzigprozentigen Einkommensteuerverzinses die Regierung weitere Erleichterungen zugunsten der kleinen Steuerzahler eintreten läßt und den dadurch verursachten Ausfall durch eine Abgabe auf den Vermögenszuwachs ausgleicht. Der Finanzminister hat eine Prüfung der Anregungen zugefagt.

Schlägerei im Sejm.

Warschau, 6. November. (Eca.) In den Wandelgängen des Sejm kam es vorgestern zu einer Schlägerei zwischen den Abgeordneten der Byzowolnie-Gruppe, dem Oberleutnant im Generalstab Niedziński und dem Abgeordneten Dr. Rabski, einem Mitarbeiter des „Kurjer Warszawski“. Durch einen Artikel Rabski's fühlte sich der Abgeordnete Niedziński beleidigt. Er griff vorgestern während der Sitzung Rabski's tätlich an und verfehlte ihm einen Schlag ins Gesicht. Der Abgeordnete Rabski antwortete mit Ohrfeigen, worauf Niedziński einen Revolver zog und auf Rabski anlegte. Inzwischen waren jedoch Abgeordnete herbeigeeilt, die die beiden Kämpfer trennten.

Der Moskauer Maulkorb.

Chiffonia, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Der kommunistische Parteiführer und Chefredakteur des „Chiffoniaer Kommunistenblatt“ Schello hat angeführt, der verachtenden Niederlage der Moskauer Kommunisten bei der norwegischen Wahl verärgert, Antritt an den Moskauer Institutionen und der von dort entbundenen Taktik zu üben. Er ist daraufhin prompt seines Amtes enthoben und ein williger Moskauer Junger zum Chefredakteur ernannt worden.

Kassenbuch- oder Sozialpolitik?

Der Vorstoß der Reaktion.

Von H. Knoll, Bundessekretär des ADGB.

Die Unternehmer beeilen sich, die sozialpolitische Abbaukonjunktur noch auszunutzen, der 7. Dezember könnte leicht einen Umschwung herbeiführen. Der Lohnabbau ist, zum Teil wenigstens, am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert. Auch der Abbau des Achtstundentages ist aus demselben Grunde nicht ganz gelungen. Nun versucht man es auf einem dritten Gebiet, wo man weniger auf einen Widerstand der Arbeiterschaft — um so mehr aber auf das „Verständnis“ der Reichsregierung zu stoßen hofft — der allgemeinen Sozialpolitik. Schon hört man von „eingehenden“ Darstellungen und Berechnungen, nach denen die „Wirtschaft“ sozialpolitisch „zu stark belastet“ sei und diese Lasten nicht mehr tragen könne.

Das ist nichts Neues und brauchte weiter nicht aufzuzuregen. Wer erinnert sich nicht, daß uns Gleiches mit genau denselben Argumenten schon vor 20 und 25 Jahren erzählt und sogar „bewiesen“ wurde. Im „Beweisen“ derartiger Dinge waren gewisse großindustrielle Kreise von jeher besonders stark. Es fehlte bloß noch ein zweiter Doktor Alexander Tille, der den „Nachweis“ führt, daß die Sozialpolitik das Volk auch moralisch verseucht (Moralinseuche), dann wäre in der Tat alles da, was wir früher auf diesem Gebiet auch schon erlebt haben. Wenn es nach den damaligen Propheten gegangen wäre, dann wäre die deutsche Wirtschaft schon vor zwanzig Jahren totischer „zusammengebrosen“. Ungefähr das Gegenteil hat sich — bis zum Kriege — vollzogen. Wenn man aus den Erfahrungen der Vergangenheit also einen Schluß ziehen darf, so wäre es der, daß die deutsche Wirtschaft sehr lebenskräftig ist und unmittelbar vor einem neuen Aufschwung steht.

Damit könnte man, wie schon angedeutet, die Sache auf sich beruhen lassen. In der heutigen Reichsregierung aber denkt man, wie es scheint, anders darüber. Man soll dort die Darlegungen der Unternehmer als „sehr ernst“ betrachten und gar darüber „bestürzt“ sein. Man soll weiter sehr eifrig darum bemüht sein, die von den Unternehmern vorgebrachten Argumente — wenn möglich! — durch die Tatsachen zu widerlegen.

Es kam sich für die Reichsregierung gar nicht darum handeln, dem Vorstoß des Unternehmertums dadurch zu begegnen, daß sie die Richtigkeit seines Zahlenmaterials nachprüft — zu dem Zweck, die Aufrechterhaltung und Weiterführung der Sozialpolitik davon abhängig zu machen, ob diese Zahlen stimmen oder nicht. Denn in dem Augenblick, wo sich die Reichsregierung auf diese schlechte Ebene begibt, ist es mit der Sozialpolitik Matthäi am letzten. Das hieße, die Kassenbücher des Unternehmertums zur Grundlage der Sozialpolitik machen. Das hieße, den Grundsatz aufgeben, daß Sozialpolitik ebenso wichtig und notwendig ist wie Arbeit und Wirtschaft und daher um ihrer selbst willen getrieben werden muß. Ja, es hieße, die Erfahrungen früherer Jahrzehnte verneinen, die den Beweis erbracht haben, daß Sozialpolitik nicht eine Belastung, sondern eine Förderung und Befruchtung von Arbeit und Wirtschaft bedeutet. Jedes sachliche Eingehen auf die „Beweisführung“ dieser Unternehmertreife bedeutete nichts anderes als die Anerkennung des Prinzips, daß Sozialpolitik nur getrieben werden darf, wenn die Wirtschaft derart im Ueberflusse schwimmt, daß es selbst mit Hilfe der gewagtesten Bilanzverschleierungen, der schlauesten Aufsichtsratskniffe und tollsten Abschreibungen nicht mehr verdeckt werden kann.

Aber die Sache hat doch auch noch eine andere Seite. Angenommen selbst, die Angaben der Gegner wären objektiv richtig, was wir allerdings bestreiten, so zeigen uns die lohnstatistischen Feststellungen des Statistischen Amtes — deren methodische Zuverlässigkeit aber mit guten Gründen bestritten wird —, daß es bis jetzt nur die ungelerneten Arbeiter sind, deren Löhne gegen die Vorkriegszeit eine so starke relative Steigerung aufzuweisen haben, daß sie der Steigerung der Lebenshaltungskosten scheinbar gleichkommt. Dabei aber zu bemerken ist, daß der vom Statistischen Amt errechnete Lebenshaltungsindeks noch viel stärker angegriffen wird, und zwar hinsichtlich seiner sachlichen Richtigkeit. Von den gelerneten und qualifizierten Arbeitern hat nur ein sehr kleiner Teil relativ und absolut die Vorkriegslöhne erreicht. Die große Mehrzahl steht sogar hinsichtlich des Nominallohnes noch erheblich unter Friedensparität. Dasselbe gilt für die Angestellten und den größten Teil der Beamten. Man macht sich daher keiner Uebertreibung schuldig, wenn man behauptet, daß selbst im statistischen Durchschnitt die große Mehrheit der Arbeitnehmerhaft den Stand des Friedensnominallohnes noch nicht ganz erreicht hat. In Wirklichkeit ist der Stand viel ungünstiger, gerade weil es die Löhne der ungelerneten Arbeiter sind, die die statistische Steigerung entscheidend beeinflussen. Daraus ergibt sich, daß die Gesamtlohnsumme, die die Arbeitnehmerschaft im Verhältnis zur Vorkriegszeit bezieht, erheblich unter dem Friedensstande liegt.

Ist das aber der Fall, dann ist es in der Tat kein Kunststück, eine höhere sozialpolitische Belastung als vor dem Kriege „festzustellen“. Eine solche wäre in diesem Falle objektiv und relativ selbst dann vorhanden, wenn die Beiträge, Umlagen u. a. nominal unverändert geblieben wären. Tatsächlich sind allerdings auch die Beiträge ufm. gestiegen.

Also doch eine Hberbelastung?
Bei der Beurteilung der Sachlage ist das folgende zu beachten. Die Kosten des Produktionsprozesses setzen sich be-

kenntlich aus einer Reihe verschiedener Faktoren zusammen, die den Preis des Produktes bestimmen. Zu diesen preisbestimmenden Faktoren gehört auch die sogenannte Lohnquote, d. h. der Anteil des Lohnes an den Herstellungskosten. Bezüglich der weiteren der Gesamtsomme der sozialen Lasten als die Sozialquote.

Nun darf ja wohl noch heute als unbestritten gelten, daß seit dem Kriege die Lohnquote gefallen ist und sich auch bis heute noch nicht auf ihre frühere Höhe erhoben hat. Rohprodukte, Maschinen, Geräte, Betriebsmittel und alles andere sonst ist teurer geworden — mit am meisten aber ist der Unternehmergewinn, die Profitrate, worunter wir auch den Zwischenhandelsgeinn verstehen, gestiegen. Es ist daher ohne weiteres einleuchtend, daß unter solchen Umständen die Lohnquote geringer geworden sein muß. Ja, die Lohnquote wäre selbst dann heute geringer, wenn alle Arbeitnehmer schon wieder den Friedensreallohn erreicht hätten. Alle anderen Produktionsfaktoren aber sind in die Höhe gegangen. Im Verhältnis zur Lohnquote ist auch die soziale Quote erheblich gestiegen. Aber kann deshalb im Ernste von einer sozialen Ueberlastung gesprochen werden? Müßte nicht erst festgestellt werden, ob und inwieweit Lohnquote und soziale Quote zusammen eine Steigerung der Produktionskosten bedingt haben? Wir sind überzeugt, der Nachweis läßt sich nicht erbringen. Oder ist es nicht geradezu absurd, ja noch schlimmer als das, zur selben Zeit, da bekannt wird, daß der Hutgroßhandel seine Mitglieder zu einem Preisausschlag von 30 Proz. verpflichtet — und das ist kein Ausnahmefall, die heute noch allgemein üblichen „Kalkulationsmethoden“ sind hinreichend bekannt —, von einer sozialen Ueberlastung auch nur andeutungsweise zu reden? Man muß in der Tat den Mut der Leute bewundern, die es in solcher Situation fertig bringen, den Abbau der Sozialpolitik zu fordern.

Aber daß so etwas möglich ist, zeigt uns, wessen sich die Herren der Industrie schon bei der heutigen Reichsregierung versehen und was die Arbeiterschaft noch zu gewärtigen hätte, wenn es gelänge, am 7. Dezember den so heiß ersehnten Bürgerblock zustande zu bringen. Inzwischen aber möchten wir doch an die zuständige Stelle die eindringliche Mahnung richten: „Nur nicht ängstlich, Herr Reichsarbeitsminister!“

Denn selbst wenn es so wäre, wie es zweifellos nicht ist, und wenn das Unternehmertum alles, was es behauptet, beweisen könnte, so bliebe doch noch immer ein letzter und sozialpolitisch entscheidender Gesichtspunkt übrig, der gebieterisch Beachtung heischt: dieselben Kreise, die bis heute weder nominal und noch viel weniger real ihr Friedensarbeitseinkommen erlangen konnten, nicht zum wenigsten infolge der Haltung des Unternehmertums, sind es, die auch im Kriege und in der Inflationszeit mit am schwersten gelitten haben. Sie haben an Lebensenergie und Arbeitsfähigkeit eingebüßt neben allem, was sie materiell verloren haben. Auf der anderen Seite sind es dieselben Industrieherrn, die durch den Krieg und durch die Inflation Riesengewinne eingeharnt und sich enorm bereichert haben, die auch jetzt noch nicht auf die gemachten Gewinne verzichten wollen, sondern sie noch immer — selbst jetzt noch auf Staatskosten — zu steigern wüßten!

Stellte es demgegenüber nicht einen wenn auch nur bescheidenen Ausgleich dar, wenn den Kreisen, die sich nicht bereichern konnten, die alle Opfer geiragen haben, die noch immer zum weitaus größten Teile die Kosten des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in der Form von unfreiwilliger Unterentlohnung tragen, dafür wirklich ein relativ höheres Maß an sozialer Fürsorge zuteil würde? Nur relativ — von einem absoluten Mehr ist ja ohnehin kaum etwas zu verspüren. Wenn der Begriff „Sozialpolitik“ überhaupt einen Sinn hat, müßte sich dann nicht hier und in dieser Weise dieser Sinn offenbaren? Was hat alles Gerede über „Menschenökonomie“ für einen Sinn, wenn er sich nicht in der Form aktiver Sozialpolitik offenbaren will! Müßte

also nicht gerade jetzt eine Regierung, die überhaupt Wert darauf legt, noch als eine soziale Regierung angeprochen zu werden, als Antwort auf die Zumutungen der sozialpolitischen Reaktion weithin leuchtend und vernehmbar die Parole verkünden: Nun erst recht Sozialpolitik! Diese selbstverständliche Parole hat die Reichsregierung nicht ausgegeben. So wird es am 7. Dezember in der Hand der Arbeiterschaft liegen, daß auch auf diesem Gebiet das Versäumte nachgeholt wird.

Die Führerriele.

Herr Winkler und die Kriegsschuldfrage.

Die Führerriele ohne Führer hat einen schweren taktischen Fehler begangen. Sie hat Herrn Winkler als Führer eingeführt, als Blahhalter für den großen Unbekannten. Daß niemand im Lande ihn näher kennt und seine Qualitäten abzuschätzen weiß, mochte angehen. Vielleicht gehört das gerade zu dem sagenhaften Führer der Deutschnationalen. Der Rebel der Ungewißheit, das Geraune und Geflüster muß Format vorläufigen, wo teins da ist. Hätte Herr Winkler sein stillgeschwiegen, er wäre nach einiger Zeit eben dadurch, daß er da ist ohne da zu sein, den Herren Mitläufern der Deutschnationalen als großer Mann erschienen.

Herr Winkler hat geredet. Zwei Tage lang verzeichneten die offiziellen Mitteilungen der Deutschnationalen: vor einem erlesenen Kreise. Vor der Auslese der Intelligenz und der Führer der Deutschnationalen, die seine tiefschürfende Rede mit Begeisterung aufgenommen habe. Schauer der Ehrfurcht mußten das deutschnationale Fußvolk überlaufen. Der neue große Führer hat vor den Auserwählten die neue Heilslehre verkündet. Aber da kam der Regiefehler. Man hat die Rede veröffentlicht. Das war dumm, so dumm wie die Rede selber; denn nun wird Herr Winkler zum gewöhnlichen Menschen mit gewöhnlichem Format.

Und was für einem! Mit kindlicher Naivität redet er die albernsten Lügen daher, wie sie nur politische Unwissenheit erfinden kann. Da sagt er über die Kriegsschuldfrage:

„Das wird wohl das traurigste Kapitel in der deutschen Geschichte bleiben, daß es im deutschen Volke Parteien gab, die das Bekenntnis der Kriegsschuld für ihre Parteizwecke ausnützten. Ein Sozialdemokrat war es, der offen aus sprach: „Ohne die Schuld Deutschlands am Weltkriege ist die Revolution nicht zu rechtfertigen.“ So lächerlich auch die Behauptung von der deutschen Alleinschuld schließlich nach all den Aufregungen englischer, amerikanischer und italienischer Politiker und Staatsmänner ist, ihr Widerruf wäre gefährlich für die deutsche Sozialdemokratie! Diese legt daher den Männern, die in treuer Arbeit gegen die Schuldlosen kämpften, Steine in den Weg. Sie verhindert den Widerruf, sei es, daß sie in der Regierung sitzt oder sei es, daß sie in Oppositionsstellung die Regierung am Gängelbände hält. Diese ungeheure geschichtliche Schuld der Sozialdemokratie ist es, die immer wieder und ganz besonders in diesem Wahlkampf, un'arem Volk vor Augen gehalten werden muß.“

Herr Winkler muß seit dem Ende des Krieges geschlafen haben. So hat er verschlafen, daß Sozialdemokraten die ersten waren, die ihre Stimme gegen das abgewungene Alleinschuldbekenntnis im Versailler Vertrag erhoben. Er weiß nichts von der Erklärung Brodorski-Rangaus in der Nationalversammlung, nichts von der Erklärung des Reichsfanzlers Bauer. Damals dachten freilich die Deutschnationalen noch nicht an Protest gegen die Schuldfrage — sie haben sich erst dafür interessiert, als sie sie für parteigattatorische Zwecke für geeignet hielten. Ebenso steht es mit dem Widerruf. Sie wollten aus parteigattatorischen Gründen den Widerruf, um ihre Sehnsucht nach Ministerstellen damit vor ihren Wählern zu verdecken. Diese Frage, eine Frage des deutschen Volkes war ihnen gut genug, als Mittel zum Zweck des Schacherns um Ministerposten. Und sie wollten den Widerruf in einem Augenblick, als gerade ihre politische Verlogenheit offenkundig war. Eine Partei der politischen Lüge sollte sich

hüten, gerade den Kampf gegen die Schuldfrage monopolisieren zu wollen.

Aber Herr Winkler braucht das alles nicht zu wissen: Um bei den Deutschnationalen Führer oder Führererlag zu sein, genügt eine kräftige Dosis Engstirnigkeit und Beschränktheit, die unentwegt an den ältesten Lügen festhält. Die Rede des Herrn Winkler hat nicht nur ihn charakterisiert — sie hat auch gezeigt, was man im deutschnationalen Lager unter Führertum versteht.

Und so etwas will regieren!

Der Zwischenfall von Ingolstadt.

Wer sind die Drahtzieher?

München, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Zwischenfall in Ingolstadt wird noch bekannt, daß die Befestigung der Ententeoffiziere schon bei der Vornahme der Kontrolle selbst einsetzte. Hier gelang es aber der Polizei noch rechtzeitig, die Leute abzubringen. Bei der Abfahrt drängte aber plötzlich aus verschiedenen Seitenstrassen an der Donaubrücke eine Menge von Leuten, denen gegenüber die geringen Polizeikräfte machtlos waren. Dem Auto wurde die Weiterfahrt gesperrt, es flogen Steine gegen den Kraftwagen und die Insassen wurden angespuckt. Zu besonderen Täuschlichkeiten soll es nicht gekommen sein, nur einem Offizier wurde ein Knopf von der Uniform abgerissen. Schließlich gelang es der Polizei, die Menschen abzuwehren, wobei verschiedene Verhaftungen vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein älterer, sonst als ruhig bekannter Bürger aus Ingolstadt, so daß die Vermutung naheliegt, daß sich die Drahtzieher im Hintergrund halten.

Die beiden französischen Offiziere, die in Ingolstadt nach der Ausübung der Militärkontrolle tödlich beleidigt worden sind, waren in Jülich. Die bayerische Regierung hat einen Regierungskommissar nach Ingolstadt geschickt. In der rechtsstehenden Presse wird eine BS.-Medung groß aufgemacht, monach einzelne Truppenteile zehn- und einmal hintereinander unter verschiedenen Vorwänden kontrolliert worden seien. Diese Behauptung geht auf eine beiläufige Äußerung eines Referenten der zuständigen Reichsbehörde zurück, der auf eine Frage des BS.-Vertreters, wie lange die Generalinspektion dauern könne, geantwortet hat, daß ein bestimmter Zeitraum dafür nicht abgemacht sei und daß in früherer Zeit einzelne Truppenteile zehn- bis einmal kontrolliert worden seien. Wenn es jetzt wieder so gemacht würde, dann könnte die Generalinspektion wohl längere Zeit dauern. Aus dieser ganz beiläufigen Bemerkung ist ein solches Geschrei gemacht worden!

Die Generalinspektion ist bis jetzt fast überall vollkommen reibungslos verlaufen. Der Zwischenfall in Ingolstadt ist um so bedauerlicher und verurteilenswerter, als g'ed'falls in Ingolstadt schon im November 1922 Kontrolloffiziere insultiert worden sind.

Die bayerischen Königsmacher.

Sie wollen abwarten.

München, 6. November. (M.) Zu der in der letzten Zeit in Bayern wieder viel erörterten Königsfrage bringt heute der dem Ministerpräsidenten Feld nachstehende „Regenburger Anzeiger“ u. a. folgende Ausführungen: So wie die Dinge heute liegen, muß der Gedanke der Wiederaufrichtung der bayerischen Monarchie im Rahmen der deutschen Republik als Utopie bezeichnet werden. Eine kaiserliche bayerische Restauration würde als ein Vorstoß gegen den Reichsoberbau angesehen werden, und die zum Schluß bestehende Republik um Bayern herum würde nicht nur Republikaner als Bundesgenossen haben. Die Monarchie in Bayern dürfte nicht durch eine Revolte, einen Staatsstreich oder einen Putsch kommen. Eine unzulässige Freierung der monarchistischen Restauration in Bayern würde eine große Gefahr in sich bergen. Der im Lande lebende Königsgehalt ist ein kostbares Element des Staatsgedankens. Darum gehört die Pflege des Königsgebaltens zu den Aufgaben einer um die Stärkung des bayerischen Staatsgedankens bemühten Politik.

Schicksalsgefährtin.

Der Roman „Schicksalsgefährtin“ von Erich Kuttner im Verlag von U. S. W. Dieß Nachf., Berlin, ist ein Zeitroman. In ihm ist die Entwicklungsgeschichte eines Individuums hin zur Gemeinschaft nachzulesen. Der Held des Romans, ein junger Student, eingeprengt in das bedrückende Joch mühseliger Bücherarbeit und Vorbereitung zum Belehrenberuf, wird auf schon erzählte Art und Weise von einem jungen Mädchen, der Gegenpartnerin, in die Freiheit und Versuchung des Lebens geführt. Dort ist er lange Zeit die Hölle und läppische Puppe in den Händen des Gegenpielers, bis er sich endlich nach vielen Irrungen und Wirrungen befreit und dem Mädchen ergibt, der „Schicksalsgefährtin“, wie sie Kuttner so schön nennt. Das ist in drei Sätzen der Schattensatz der Handlung. Der Roman selbst ist viel bewegter und vielgestaltiger, er zeigt intellektuelle Jugend, linkes Lager, rechtes Lager, die sich bekämpfen und bekämpfen, also den Gewalttätigen der feuchten Jugend, mit dem kalten Gegenpieler, dem Emporkömmling Brandt, der die Menschen tötet, vernichtet, ausbeutet und großwahnwahnig triumphiert will, dann die andere Seite, zu der auch am Ende der Student stößt, das Lager der um die Neugestaltung der Welt kämpfenden, um die mutige Schar der Gemeinschaft hin zum Sozialismus. „Wenn man innerlich für die ganze Welt steht“, sagt die Schicksalsgefährtin, „dann hat man auch die Kraft, nach außen allein gegen die Welt zu stehen.“ Um dieses Mädchen geht der Kampf. Von den zwei Vögeln aus. Des alles ist lebhaft, manchmal mit großer Kinomittel erzählt, bis natürlich der Student (oder das Mädchen, wie ihr wollt) Sieger bleibt. Also ein moralisches Buch? Nein, ein aktuelles Buch mit gegenwärtigen Problemen unserer verrückten Zeit.

Es ist schon gesagt, daß Kuttner auch Kinomittel nicht verachtet um Gegenstände herauszuheben, er greift auch an manchen Stellen zur Kolportage, aber das macht nichts, er treibt damit den Roman und seine lebendige Handlung nur rascher vorwärts. Einmal aber hemmt er selbst den Fluß der Erzählung. Er beginnt den zweiten Teil des Romans mit einem Tagebuch und bringt dafür schlechte Beispiele vor: „Ich presse den schon geräuchernden Leib in meine Arme. Meine Brust schmiegt das Schloß ihrer Lippen. Sie sinkt rückwärts auf den Sarkophag. Wirbelnde Seligkeit, rote Abgründe, lodernbes Vergehen. Eins atemkurze Sponne. Sie reißt sich los: Gott, Leon, wenn jemand käme.“ Aber niemand kam.“ Aber Kuttner selbst kommt bald dahinter und ändert den Ton und findet sehr rasch Anschluss an das gute Tempo seines Romans.

Ob die „Schicksalsgefährtin“ der Roman, nach dem wir alle sehr häufig suchen? Nein, er ist es nicht, aber er ist wertvoll, wichtig, aktuell, er bereichert und der Leser spielt noch lange, wenn das Buch schon geschlossen und die Stunde des Nachdenkens gekommen ist, mit den Schicksalen der von Kuttner vorgeführten Romanfiguren. Am meisten aber leuchtet aus der Fülle seiner Menschen die Schicksalsgefährtin, die dem Roman den prächtvollen Titel gibt.

Nach ihr haben alle Sehnsucht, nach der liebenden Frau, deren Welt, nach einem alten Wort, nicht nur die Liebe, deren Liebe auch die Welt ist, die verändert und neugebaut werden soll. Es lebe die gute Genossin! In dem Roman von Erich Kuttner sagt sie einmal, und das eine Wort erhellt die Tendenz des Buches: „Arbeit wird erst dann oblag, wenn sie nicht mehr dem eigenen Ich gilt.“

Der Verlag hat sich um die Aufmachung und Ausstattung des Romans sehr bemüht. Reicht und lest dieses Buch, es ist ein Geschenk für den Weihnachtstisch.

„Geld wie Heu.“

(Lustspielhaus.)

Diese Theaterdirektoren sind doch tolle Leute. Sie importieren ausgerechnet die schlechten Stücke. Der Grund ist nicht gut einzusehen. Es ist übrigens auch ein Mädchen, das dieser dreistaltige Schwanz von Coons und Valentine drei Jahre in London Riesenclasse gemacht hat. So dumm sind die Engländer auch nicht. Besonders gebildete Leute meinen, daß in diesem Schwanz ein Stückchen Unsterblichkeit von „Charlens Tante“ wieder gekommen sei. Auch das stimmt nicht. Es ist einfacher Unsinn, mag ein Unsinn, bei dem man sich tollt. Man wird nur müde, weil man sich langweilt. Dabei ist alles angebracht, was ein Schwanz bringen soll: Die unerhoffte Erbschaft, die Verwechslung, das verlorene Gedächtnis, der Mann, der nachts aus dem Bode steigt, die laube Tante, die immer falsch versteht, die männerfällerne alte Schwächel usw. usw. Aber alles das ist nicht recht gemischt, es geht nicht auf. Mit einem Wort miserabel!

Man sagt, daß wir lachen müssen, und hat nicht unrecht mit diesem Rat. Doch wie soll man lachen, wenn man entdeckt, daß zwei sehr schwachsinige Herren sich brüderlich vereinigen, um eine undiskutable Sache zusammenzufassen? Der Schwanz ohne Psychologie, der nur die unglücklichsten Situationen durcheinander quert, also so etwas wie ein gesprochenes Chaplin-Kino, wäre gar nicht übel. Im Kinofilm ist das Entscheidende, daß die größte Ueberraschung immer einige Logik, einige Situationskomik, einen unerwarteten Trick, eine Ueberhöhung des Verstandes und einen befriedigenden Reaktionsübertrag, der dem Menschen mit bormierem Gehirn ins Gesicht schlägt. Diese Technik, dieses rasende Tempo, dieses Rennen nach dem Wunderbaren und Unerhofften fähne ja auch auf der Bühne gezeigt werden. Man könnte struppellose Bassen reifen, wenn wirklich etwas vorhanden wäre, das den Spaß lohnt. Aber es muß irgendwie die Klasse vorhanden sein, um die sich alles dreht. In diesem Schwanz ist keine Klasse zu entdecken, man findet sich eben nicht heraus.

Es gibt in diesem Schwanz nicht einmal Rollen. Der Mann, der einige Male stirbt, damit seine Frau erben kann, und der immer wieder kommt, ist nicht lustig, obwohl sich Herr Paul Heidemann bemüht, ihn mit Fröhlichkeit zu laden. Und all die übrigen Teilnehmer an diesem Begräbnis, Frau v. Thellmann, Frau Stein, Frau Ludmilla Heggel, die Herren Walter, Jungermann und Reg, waren durchaus zu beklagen. Der Import lohnte wahrscheinlich nicht. Wenn die Theaterdirektoren nur solche Einfuhrpolitik treiben, möchte man nach Schutzzöllen rufen.

Berliner Volkstheater. Die „Heilige Elisabeth“. Dieß bekanntestes, noch vor zwanzig Jahren laut unbedeutendes Chorwerk ist heute fast schon ein Chorwerk zweiten Ranges. Schuld daran ist die etwas oberflächliche, keineswegs organische Dichtung, ist die Veranung, die nach der Art vieler späterer symphonischer Dichtungen (seiner Nachfolger) allzusehr auf äußere Charakteristik, prunkhaft fantasien und effektvolle ungarische Rhythmen eingestell ist. Aber Dr. Jander ist doch gut daran in der Veranung, das Volkstheater in der Brauerei Friedrichshain, dieses in diesem glänzende, wenn auch wiederum im Bananen und süßlicher Seligkeit schmelzende Werk, das in den letzten zwei Drillsen auch bedeutende innere Werte birgt, wieder einmal zu Ehren zu bringen. Diese so recht langlichen und niemals überanstrengenden Chöre mit ihrer einschmelzenden Orchesterbegleitung müssen vor allem die Ausführenden aufs intensivste zur Betätigung reizen. Der Berliner Volkstheater, der namentlich in den Männerstimmen eine bemerkenswerte Kultur zeigt, während die frischen Frauenstimmen sich etwas größerer Deutlichkeit bescheiden dürften, und das trefflich funktionierende Bühnen-Orchester vollbracht unter Dr. Janders Führung eine sehr anerkennenswerte Leistung. Das leichte, graziose, Ritterliche, auch manchmal bei Nicht Gelehrliche und darum schnell zu Uebergehende ist für seine nordische Natur weniger geeignet als die mehr nach innen gerichtete Musik, die er mit schöner Einfachheit zu interpretieren weiß.

Rose Walter, die Elisabeth, besitzt eine jener gut gebildeten, beweglichen, keinen Stimmen, die mehr zu Koloratur und Hergelung sich eignen. Große Ausdrucksfähigkeit und dramatische Steigerung ist ihr verpasst, auch ihrer inneren Natur nach, während das rein lyrische und Raire ihr recht gut liegt. Frau Jolan-Helfferich mit ihrem dunklen Mezzosopran wußte die Brutalität und abstoßende Herrschaft der Kondaräin Sophie aufs beste darzustellen. Hermann Schen, dessen Bass-Bariton eigenartig reiche in den höheren Tönen besser fundiert ist als in der Tiefe, brachte in der zweiten Hälfte des Landgraf Hermann Ludwig und Kaiser Friedrich II. manches Bedeutende und schon Abgestärkt. Stimmlich besser und sehr fruchtbar im Ausdruck brachte Werner Engel seinen ungarischen Magnaten und den Seneschall.

5. 11.

Deutscher Ausschuss für Kulturbauwesen. Unter dem Vorsitz des Regierungs- und Baurats Prof. Dr.-Ing. Junker fand im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure eine Versammlung statt, welcher beizumohnen: die Vertreter der Kulturbauvereinigungen zahlreicher deutscher und österreichischer Staaten, die Inhaber der Lehrstühle für Kulturtechnik, die Vertreter der geologischen Landesanstalten und sonstige Wissenschaftler und Praktiker. Die Versammlung führte zur Gründung des Deutschen Ausschusses für Kulturbauwesen, dessen Aufgaben sind: 1. Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. 2. Lösung kulturtechnischer Probleme durch Forschung und praktische Versuche auf Versuchswesen. 3. Vereinheitlichung kulturtechnischer Gegenstände und Verfahren. 4. Anpassung der Berufsvorbildung an die Forderungen der Praxis.

Richard Strauß' Inferno. Das in Dresden mit bestem äußeren Erfolg seine Uraufführung erzielte, ist, wie mir hören, für die Saxonia Staatsoper erworben worden.

Blamierter Bürgerblock. Gestheiterte Senatswahl in Bremen.

Bremen, 6. November. (M.B.) Die Bremer Bürgerchaft, die gestern die Senatswahl auf Grund der vom Ausschuss aufgestellten Vorschlagsliste vornehmen sollte, war in sich so uneinig, daß es zu keiner Wahl kommen konnte. Die Sozialisten stellen, da der neue Senat nur aus bürgerlichen Mitgliedern bestehen sollte, zum Protest den Antrag auf Auflösung der Bürgerchaft. Auch mehrere Gruppen aus den Bürgerlichen (Handwerker, Gewerbetreibende, die mittlere Kaufmannschaft, Hausbesitzer) verlangten Vertretung im Senat und lehnten eine Unterstützung der Vorschlagsliste ab. Die Bäckischen waren ungehalten darüber, daß sie nicht zu den Vorverhandlungen hinzugezogen worden waren. Trotz mehrfacher Unterbrechung der Sitzung konnte man zu keiner Einigung kommen. Die Volksparteier stellen schließlich den Antrag, den jetzigen Senat bis Ende des Jahres im Amte zu belassen. Damit waren die Sozialisten nicht einverstanden, die den Senat sofort erledigt wissen wollten. Sie gaben ihm nur eine Frist bis zum 19. November. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Demokraten abgelehnt. Nun traten wieder die verschiedenen Erwerbsgruppen mit ihren Forderungen hervor, nachdem kaum eine Einigung erzielt worden war. Schließlich stimmte die Bürgerchaft einem Vertagungsantrag bis zum 19. November zu.

Sozialdemokratie in Front.

Massenbesuch unserer Wählerversammlungen.

Im Bezirk Friedrichshain hatten die Kommunisten die Parole ausgegeben: Sprengung der sozialdemokratischen Wählerversammlung, die in der „Königsbank“. Große Frankfurter Straße, stattfand, auf jeden Fall. Aber sie wurden dank des gut organisierten Sozialismus bitter enttäuscht. Nachdem der sozialdemokratische Männergesangsverein, Bezirk Friedrichshain, die ungefähr von 1400 Personen besuchte Versammlung mit dem Liebes „Empor zum Licht“ eröffnet hatte, zeichnete der Redner, Bundtagsabgeordneter Genosse Otto Meier, in klaren Zügen den von der extremen Rechten betriebenen Kuhhandel, der mit dem schönen Wort „Volksgemeinschaft“ umkleidet wurde. Man wolle hiermit nur die Sozialdemokratie auf den Boden locken. Aber es kam anders. Durch unsere Taktik konnten wir gegen den Willen einiger Parteien, wozu auch die kommunistische gehört, die Reichstagsauflösung erzwingen. Im folgenden behandelte Genosse Meier das Dames-Brotchen, das ein Erfolg der sozialdemokratischen Politik ist. Beim Londoner Abkommen hat zum ersten Male seit 1918 nicht Diktat, sondern die freie Verständigung von Nation zu Nation gesprochen. Als der Redner die Bedeutung des Londoner Abkommens aufzählte, mußten die anwesenden Kommunisten ihre Böhrenheiten hinnehmen, was ihnen schließlich unangenehm war. Wenn jetzt die Deutschnationalen, unterführt von den Kommunisten, dieses Abkommen als ein zweites Versailles bezeichnen, so spekulieren sie auf die Dummheit der Massen. (Stürmische Zustimmung.) Die Wählerchaft wird jedoch am 7. Dezember ein Urteil fällen, dessen Ergebnis wir nicht zu fürchten brauchen. Wir haben alle Ursache gehabt, den Wählerstand zu verhandeln, und wir werden auch in Zukunft denselben Standpunkt einnehmen. Am 7. Dezember heißt es: Deutschnational oder Schwarzrotweiß? Kommunisten und Deutschnationale haben sich demotiert. Das haben die Massen längst erkannt. Mit der Parole: Wieder mit dem Bürgerblock — für die Sozialdemokratische Partei — ziehen wir geeint in den Wahlkampf.

Nach einer kurzen Diskussion, die von den Kommunisten dazu benutzt wurde, politischen Unsinn vom Stapel zu lassen, konnte Genosse Meier sein Schlußwort halten, das zu einer scharfen Abrechnung mit den Kommunisten wurde. Am Schluß dieser Wahlkundgebung, die mit aller Klarheit gezeigt hat, daß im Bezirk Friedrichshain die Kommunisten ihre Rolle ausgespielt haben, fanden die Verammelten die „Internationale“. Ein Hoch auf die Sozialdemokratie fand begeisterten Widerhall.

In Baumhulenkamp.

Genosse Adolf Hoffmann sprach in der stark überfüllten Aula des Gymnasiums in Baumhulenkamp. Er plädierte zunächst den deutschen Wähler, dessen angeborener Bärenschlaf derselbe gelte, aus dem er nur einen Augenblick erwache, um sich irgend-einen Stimmzettel in die Hand drücken zu lassen; sein Staatsbürgertum sei ihm noch immer nicht ins Bewußtsein gerückt. Die Frau ist in der Wahlzeit stark umworben. Professor Bischoff sprach ihr bekanntlich die Wahlfähigkeit ab, und nach Schiller gehört sie ins Haus. Beherrsches ist stets der Fall, wenn es um ihre Rechte geht; sonst scheidet man sie in allen Betrieben. Heute bemüht sich alles um das arme Volk, als ob ihm der Himmel auf Erden werden solle. Und viele Arbeiter fallen prompt auf solche Schwindelmänner herein. Genosse Adolf Hoffmann erinnerte, nachdem er Stellung zur Kriegsschuldfrage genommen hatte, an jene Zeit, als allgemeine Begeisterung für den Krieg herrschte; damals standen die Führer alle an; nicht der Führer, die Masse hatte den Führer verlassen. In allem, meinte der Redner, ist der Deutsche daran, nur nicht im politischen Denken. Zur Erlösung Deutschlands führt nur ein Weg: die schwarzrotgoldene Republik. In ihrem eigenen Interesse muß die Masse den Führern auf diesem Wege folgen. — Die Versammlung stimmte am Schluß begeistert in das Hoch auf die Sozialdemokratie ein.

In Reinickendorf.

In Reinickendorf-West sprach in gutbesuchter Versammlung Genosse Landa. Die Krisen, die Deutschland seit der Revolution im Jahre 1918 durchlebt hat, so führte er aus, hatten stets ihre Ursachen im Kampf um die Staatsform und um die Erfüllung des Friedensverzuges. Allenthalben zeigte sich eine erschreckende politische Unmündigkeit der Rechtsparteien, denen die Partei immer über das Vaterland ging. Unsere Partei hat durch die Zustimmung zum Scherzverständigensvertrag nicht etwa die soziale Frage als erledigt betrachtet. Wir sind uns stets darüber klar gewesen, daß die gerechte Verteilung der Lasten aus dem Londoner Abkommen den Einfluß unserer ganzen Kampftruppe erfordert wird. Genosse Landa wies in seinen Ausführungen treffend nach, wie die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion bei der Regierungsombildung zu der von uns beabsichtigten Reichstagsauflösung führte. Wer heute noch glaubt, daß nach einem Sturz der deutschen Republik ein neues Kaiserreich oder eine proletarische Diktatur möglich wäre, ist ein blinder Phantast. Die blutige Rechtsdiktatur wäre die Nachfolgerin der republikanischen Staatsform, eine Gewalttätigkeit, in der jede freiwirtschaftliche Regelung der arbeitenden Massen brutal unterdrückt würde. Wir Sozialdemokraten führen die Republik aus unserer geschichtlichen Verantwortung heraus. Wir wissen, daß in der Republik der Kampf um den Achtstundentag, um höhere Löhne, um die soziale Besserstellung der Arbeiterschaft für uns am günstigsten zu führen ist. Die Führung dieses Kampfes und sein Erfolg hängt von der geistigen Einstellung des Proletariats ab. Bei der Wahl am 7. Dezember wird das Volk beweisen können, daß es die politische Reife besitzt, die nötig ist, um die parlamentarische Regierungsform zur Auswirkung kommen zu lassen. Unsere Parole lautet: Gegen den Bürgerblock, für den sozialen Fortschritt, für die Sozialdemokratie! — In der Diskussion stellte der frühere Reichstagsabgeordnete Genosse Kommunist Steffen einige Fragen an den Referenten, die die Reichsjustiz, die Lösung der sozialen Frage und andere betrafen. Steffen hat die soziale Frage für seine Person bereits dadurch gelöst, indem er neben seiner Berufstätigkeit noch nebenberuflich Heimarbeit für die Unternehmern leistete, wie in der Gewerkschaftskommission festgestellt worden ist. Der Redner trug im übrigen viel zur Belustigung der Versammlung bei.

Die Feme der Oberprimaner.

Die Vorgänge an der Oberrealschule in der Enfer Straße.

Die tumultuarischen Szenen, die gestern, wie mitgeteilt, zur Vertagung der Neuköllner Bezirksversammlung führten, waren von dem Deutschnationalen Ratsh aus besonderen Gründen provoziert worden. Die Sozialdemokraten hatten eine Anfrage eingebracht über eigenartige Vorgänge an der Oberrealschule Enfer Straße. Nach ehe Genosse Harnisch die Anfrage begründen konnte, versuchten die Deutschnationalen und Bäckischen allen Crapies, unsere Fraktion zur Zurückziehung der Anfrage zu bewegen. Sie hatten allen Grund dazu, denn als unser Redner jene skandalösen Zustände an der Schule geißelte, war das den Deutschen so unangenehm, daß sie die Sprache verloren. Genosse Harnisch leuchtete in seiner Rede tief in diese traurigen Schulverhältnisse hinein.

Am 1. Mai d. J. wurde Genosse Dr. Grelling an jener Schule angestellt. Als Sozialdemokrat und Jude wurde ihm die größten Schwierigkeiten bereitet. Die Feme der Oberprimaner, die er unterrichtete, eine soweit, daß die Mehrzahl der aufgewecktesten Jungen im Beisein von Lehrern erklärten: „Wir deutschen Jungen lassen uns doch nicht von einem Juden unterrichten.“ In der gemeinsamen Weise wurde die Hege fortgesetzt und, wie es scheint, auch von dem Direktor Dr. Morshaus und einigen Lehrern unterstützt. Schließlich kam es zu einem sogenannten „Schulstreik“. Der Direktor soll hierbei auf die Frage eines Primaners, ob er gegen einen Schulstreik etwas einzusetzen hätte, erklärt haben: „Als Direktor kann ich Euch keinen Rat geben, ich kann gegen den Streik nichts unternehmen. Ich werde es dem Provinzialschulkollegium melden, damit eine Aenderung eintritt.“ Als Dr. Grelling auf seinen Antrag an eine andere Schule verlegt wurde, teilte der Direktor das den Schülern mit, daß es nie eine Strafverleugung auszuweisen mußte. Doch das war erst des Vorspiels. Fünf Oberprimaner hatten sich an der Hege gegen Grelling nicht beteiligt, auch am Schulstreik nicht teilgenommen. Sie wurden vom ersten Tage ab bespottet. Anlässlich eines Schulausfluges nach den Hübnersdorfer Kalkbännen im Oktober d. J. wurden nun diese fünf von dem Lehrer abgedrängt, einer wurde

beiseite genommen, geschlagen, mit Füßen getreten und einen Lehrgang hinabgestoßen. Das ärztliche Attest spricht von schweren Mißhandlungen. Der Schüler war lange Zeit bettlägerig und hat zudem noch einen Nervenschock erlitten. Weitere Schandthaten dieser Art konnten dann endlich durch das Dazwischentreten des inzwischen herbeigeeilten Lehrers verhindert werden. Der deusdämonische Stadtratordnete Dr. Danke verurteilte die Sache sehr harmlos hinzustellen. Er verurteilte diese Rohheiten, aber im gleichen Atemzuge meinte er: „Der mißhandelte Junge kann ja noch laufen.“

Da alle anderen Redner von dieser Sorte Verteidiger überdrüssig und sie allein blieben, mußte Ratsh die Situation retten, indem er nicht gegen jene Schulstreik, sondern gegen den Juden und Sozialdemokraten Dr. Grelling und unseren Genossen Kautsky losging. Er sagte wörtlich: Kautsky hat ihm amtlich anvertrautes Material benutzt, um Geld zu verdienen. Das sagt Ratsh, der doch wissen mußte, wie oft diese elende Verleumdung wiederholt worden ist. Auf ein paar Unwahrheiten mehr oder weniger kommt es ihm nicht an. So behauptete er, daß Dr. Grelling als Herausgeber des Buches Anti-Jocuse im Jahre 1916 sich als „Landesverräter“ erwiesen habe, und wenn ihn keine Partei stütze, so träte sie in seine Fußstapfen. Dr. Grelling hat dieses Buch bekanntlich mit Wissen und Genehmigung der amtlichen Stellen geschrieben und Professor Hans Deibrid hat es ausführlich und wohlwollend besprochen. Im Anschluß daran wurde Grelling von dem bekannten nationalen Politiker Professor Rohrbach in die Zentralfür Auslandsdienst berufen.

Stadtrat Genosse Dr. Löwenstein konnte als vorläufiges Ergebnis mitteilen, daß das Provinzialschulkollegium fünf Oberprimaner von der Schule verwiesen hat und daß es Schülern die Androhung der Verweisung zuteil geworden ist. Im Laufe der nächsten Woche ist das endgültige Urteil zu erwarten. Die Schüler, die verhegt wurden von Leuten, die angeblich die Politik aus der Schule verbannen wollen, sind hart, aber gerecht bestraft worden. Was aber geschieht wohl mit dem Direktor, der indirekt mitgewirkt hat, die Schulaufsicht zu untergraben?

Steingut.

Die Mode heißt Steingut. Das Kunstgewerbehaus von Friedmann und Weber in der Budapester Straße zeigt augenblicklich eine Sonderausstellung von Erzeugnissen der Steingutfabriken in Belten-Bordamm, die in mehr als einer Hinsicht Beachtung verdient. Zunächst einmal wird hier der Beweis erbracht, daß das so lange verachtete Steingut, das Porzellan des „einen Mannes“ von der besten und einflussreichsten Wirkung ist, wenn es richtig bearbeitet wird. Man sieht hier Tassen, Teller, Kannen, Dosen, Dosen, Blumentöpfe von feiner Linie und mit weicher, warmer Farbe. Alle diese Gegenstände sind nämlich mit der Hand bemalt nach zum Teil sehr eigenartigen und originellen Vorlagen. Was so lange als durchaus stilwidrig galt, daß nämlich jeder Teller, jeder Teller einer Garnitur, einen anderen modernen Schmuck aufweist, hier, in der Ausstellung lernt man, daß es absolut nicht stillos ist, sondern harmnisch wirkt. Die Fabriken in Belten beschäftigen 150 Malerinnen, junge Mädchen, Töchter von Fabrikarbeitern, die in der Bemalung des Steinguts unter besser künstlerisch schouersfähiger Leitung ausgebildet worden sind. Man lernt ferner in der und durch die Ausstellung kennen, daß Steingut neben seiner praktischen Wertung auch hübsch wirkt, wenn man nicht wie das leider so lange ible deutsche Kaffee- und durch Kräfte und Mädchen etwas anderes, „besseres“ herausmachen will. Die ausgestellten Sachen bei Friedmann und Weber sagen: wir sind Steingut und verdienen uns nicht, als wären wir delikatesstes Porzellan. Diese Kaffee- und Teeservices sind nun aber auch verhältnismäßig billig. So kostet zum Beispiel ein Service für 6 Personen aus 33 Teilen bestehend 66, und ein sechsstelliges Kaffeeservice 18 M. Gewiß immer noch ein schönes Stück Geld. Aber wer dergleichen bei besonderen Gelegenheiten schenkt, bringt Gutes und Künstlerisches und nicht Schund, das sich vornehm schmeiert und relativ sehr Geld kostet als diese „echten“ Steingutgegenstände. Ferner sieht man in der Ausstellung sehr schöne Fanzenen, eigenartiges und, wenn man so will, eigenwilliges nach Wiener Muster, und kostbare Stücke aus der staatlichen Kunstgewerbeschule.

Amusement gefällig!

Sie wollten doch „Berlin bei Nacht“ sehen!

Vor nicht langer Zeit kam ein biederer Kaufmann aus Hopperswerda nach Berlin und traf hier mit einem Dresdener Geschäftsfreund zusammen. Die beiden erledigten ihre geschäftlichen Angelegenheiten zu voller Zufriedenheit und wollten natürlich auch „Berlin bei Nacht“ sehen. So trafen sie, nachdem sie sich schon reichlich gefestigt, spät abends in der Liniensstraße einen Mann, der ihnen direkt ins Ohr flüsterte: „Amüsemeng gefällig? Prima Raktanzel!“ Beide Herren stimmten freudig zu und der Schöpfer eröffnete den Repp, dem die beiden Provinzler von diesem Augenblick an zum Opfer fielen, dadurch, daß er eine Provinzision von 20 Mark verlangte und auch erhielt.

Nun ging es schrittweise nach der Liniensstr. 123, über einen dunklen Hof hinan, in eine nicht übermäßig vertrauen erweckende Wohnung. Vom Korridor aus saßen die beiden obenverurteilten Kaufleute einem behäbigen Herrn auf dem Halbbett liegen, aus der Wasserleitung strömten 5 Sechsfelder die silbernen Köpfe und aus einem Nebenzimmer tönte gedämpft Musik und Frauenlachen. Der Führer ließ den beiden Opfern keine Zeit zur Ueberlegung, sondern führte sie in das „Gostzimmer“, das am Tage einem stillungslosen „Kaufmann“ als Logis diente, und nun konnte das „Berliner Nachtsehen“ beginnen. Zunächst erschien ein ebenfalls recht muskulöser Herr mit schwarzem Scherle, nahm den Gästen die Garderobe ab und verlangte dafür die Reinigkeit von 20 Mark; dann nannte der Keilner und erklärte, das Lokal führe nur Sekt, beste französische Marke, in Grünberg auf Flaschen gezogen. Die beiden Sachsen, die schon jetzt den Besuch dieses fragwürdigen Etablissements heimlich bedauerten, bestellten eine Flasche und nun nahte der Wirtze de plaisir, gleichzeitlich Klavierpieler im „Orchester“, und deutete an, die Herren könnten Raktanzel sehen, die in Berlin einfach unerreicht seien. Natürlich stimmten die veranlassungslosigen Kaufleute zu und so nahte das „Ballet“, bestehend aus vier weder jungen noch schönen Mädchen, die dafür allerdings auch auf den mindesten Scherle verzichtet hatten. Die „Damen tanzten erste Male durch die Stube, bekamen darauf furchtbaren Durst und die zahlungsunfähigen Gäste mußten zur Lobung der vier Schönen noch eine weitere Flasche Sekt bestellen. Damit nicht genug, kassierten die Tänzerinnen 15 Mark pro Person „Langgebühren“, der Kapellmeister präsentierte die Rechnung der Kapelle über 30 Mark, und als das Raktoballet sich schließlich verzog, ließ der Keilner für die zwei Flaschen Sekt (einschließlich Bedienungsgehalt) die Kleinigkeit von 187 Mark zahlen. Programmäßig bezogten die beiden Provinzler ihre Zede, doch als sie dabei im sicheren Hotel das Fazit dieses kleinen Abenteuers zogen, kamen sie doch zu der Erkenntnis, daß man sie für einen Späß, der keiner war, reichlich geneppert habe. Und so erkrankete denn der Hopperswerder

Bürger eine Anzeige, die u. a. lautete: „Wir waren auf solchen Raktanzel nicht vorbereitet und deshalb nahmen wir Aufstoß daran.“

Das Gericht aber lud die eigentlichen Veranstalter dieser Raktanzel zum Verantwortung. Der Inhaber der Wohnung, ein gewisser Pruh, der, wie er angibt, schon seit Jahren stillungslos ist, aber einen recht wohlhabenden Eindruck macht, und sein Untermeier Schimmelpfennig, der die Rolle des Portiers spielt, luden sich damit zu verteidigen, daß eine Gesellschaft der berühmten Unbekannten bei ihnen die Raktanzelveranstaltungen abgehalten hätte und Pruh wollte als Entgelt von dem Verkauf jeder Flasche Sekt 5 Mark, Schimmelpfennig 2 Mark Garderobengebühren erhalten. Die Anklage gegen sie lautete auf Wucher und Verkauf geistiger Getränke ohne Schenkungszession. Wegen des ersten Deliktes erfolgte die Freisprechung, da Sekt, wie der Vorstehende mitteilte, noch Ansicht des Gerichtes nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gebäre und man infolgedessen auch nicht direkt von Wucher sprechen könne, obwohl in dem fragwürdigen Eckel die Flasche nie unter 50 Mark verkauft wurde. Wegen des zweiten Vergehens wurde Pruh zu 30, Schimmelpfennig zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Seltene Sanitätär.

Schmutzereien auf der Sanitätswache des Schlesischen Bahnhofes beschäftigten seit einiger Zeit die Kriminalpolizei. Dieser gingen den mehreren Seiten Beschwerden zu, die den Kommissar des Reim-Kreizes, den 28 Jahre alten früheren Oberpostsekretär Adolf Teske, und den 28 Jahre alten Gruppenführer Werner Rüsse beschuldigten, sich an Personen, die auf der Durchreise oder sonstwie auf der Sanitätswache vorübergehend Unterkunft suchten, voranzugreifen zu haben, Teske an Frauen und Mädchen, Rüsse an Burken und Knaben. Das Personal der Wache wurde sofort entlassen und durch anderes ersetzt. Rüsse wurde von der Kriminalpolizei nach eingehendem Verhör und Zeugenvernehmungen dem Untersuchungsrichter vorgeführt, von diesem aber wieder entlassen. Die Ermittlungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Nicht nur Zeugenausweise, sondern auch Briefe enthalten Material, das Rüsse schwer belastet. Teske wird beschuldigt, durch allzu lebenswürdige Fürsorge, aber auch durch Drohungen, sie sonst wieder auf die Straße zu setzen, die Frauen und Mädchen gefügig gemacht zu haben. Eine Frau wurde mit Krachwunden und schweren seelischen Störungen ins Krankenhaus gebracht. Es sind noch mehrere Zeuginnen ermittelt, die den Beschuldigten gegenübergestellt werden. Andere, die Berlin bereits verlassen haben, werden erjudt, sich bei Kriminalkommissar Johannes Müller, Kriminalinspektion Friedrichshain, Georgenkirchstraße 1, zu melden.

Ueber die Arbeitszeit an den Festtagen hat der Polizeipräsident eine neue Verordnung erlassen, der wir folgendes entnehmen: Für den Orispliz-bezirk Berlin wird der Gewerbetrieb in offenen Verkaufsstellen für den Bußtag, den Totensonntag und die beiden Sonntage vor Weihnachten, also am 14. und 21. Dezember, in folgendem Umfang gestattet: a) am Bußtage, den 19. November, und am Totensonntag, den 23. November, für Blumen- und Blumengeschäfte von 12½ bis 5 Uhr nachmittags; b) an den beiden Sonntagen vor Weihnachten (am 14. und 21. Dezember) für sämtliche Verkaufsstellen, mit Ausnahme der Blumen- und Blumengeschäfte, von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Die Ausnahme unter b) wird an die Bedingung geknüpft, daß diejenigen Arbeiterinnen, die an beiden Sonntagen beschäftigt werden, an einem Werktage innerhalb der letzten zwei Wochen vor Weihnachten vor- oder nachmittags 4 Stunden von der Dienstleistung befreit werden.

In dem Artikel „Jugend von heute“ in Nr. 522 vom 5. November ist ein Fehler unterlaufen. Den Vortrag über die höheren Schüler hat nicht Dr. Hiller, sondern der Schulreformer Dr. Hiller gehalten.

Zeugen gesucht, die am Sonntag, den 21. September, nachmittags um etwa 1½ Uhr, gesehen haben, wie ein Herr vom Vorderperon der Straßenbahn (Linie 44) herabgeschleudert wurde und bestunungslos liegen blieb. Der Unfall geschah in der Bräudenstraße zwischen Künze- und Köpenicker Straße. Adressen erbittet Hans Berg, ED., Mariannenplatz 26. Unkosten werden vergütet.

Eine oberchristliche Woche veranstaltet der Oberchristliche Hilfsbund in der Zeit vom 9.—13. November. Eröffnet wird die Woche durch den Reichspräsidenten.

Die Sportplatz-Direktion bietet anzustellen, das entgegen den von einschneidend interessierten Seite verbreiteten Gerüchten, noch Eintrittskarten für den heutigen Kampfabend in genügender Anzahl — besonders in den mittleren Preislagen — zu haben sind. Die Abende beginnen 7½ Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
 Einblendungen für diese Rubrik sind
 Berlin, S.W. 6, Lindenstraße 2.
 Note an das Bezirkssekretariat,
 2. Hof, 2. Zw. rechts, zu richten.

125.—126. Wkt. Kaufm. Die Generalversammlung treffen sich morgen, Freitag, den 7. 11.—12. Uhr, bei Wittmann, Wilmersd. 70, um 9 Uhr, um die Vertretung der „Mittleren“ Zahlreiche Vertretung ist Pflicht! Junges Mädchen, Gruppe Ostföhl, Wagners, Freitag, 8 Uhr. Mitgliederversammlung bei Schumann.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik als Kündigungsgrund.

Genosse Clemens Körpel schreibt uns: Die Darstellung von Rechtsanwalt Dr. Alfred Karger in der Abendausgabe vom 1. November 1924 darf zur Vermeidung von Mißverständnissen nicht unmissverständlich bleiben.

Im sozialistischen Kostlosen Staat werden im Arbeitsrecht die Beziehungen aller Arbeitenden geregelt. Im gegenwärtigen kapitalistischen Staat dagegen die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bzw. Angestellten. Daneben besteht noch der allgemeine sittliche, hygienische und kulturelle Schutz der Arbeitnehmer durch den Staat. Daraus ergibt sich aber, daß die Regelung der gegenseitigen Beziehungen nach beiden Seiten die gleichen Wirkungen haben muß. Was dem Arbeitnehmer recht ist, das ist dem Arbeitgeber billig.

Wenn nun der Arbeitnehmer durch Streik seinen Arbeitsvertrag unterbrechen darf, ohne daß der Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung berechtigt ist, dann hat auch der Arbeitgeber das Recht, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist auszusperrten. Ein Grund hierzu läßt sich immer finden. Das bedeutet aber die Ausschaltung jedes Kündigungsrechtes, denn der Arbeitgeber, welcher durch Verzögerung an die Einhaltung der Kündigungsfrist gebunden ist, kann sich dem dann in Krisenzeiten durch Aussperrung entziehen. Das wäre die Konsequenz des Frankfurter Landgerichtsurteils.

Auch der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes (siehe Korrespondenzblatt des ADGB vom 17. November 1923, Seite 461) entspricht keinesfalls dem Frankfurter Urteil.

Es heißt dort ausdrücklich: „Streik und Aussperrung sind im Zweifel keine Kündigungsfrist. Sie sind dann nicht vertragswidrig, wenn sie unter Beachtung der für die Lösung des Arbeitsverhältnisses vorgegebenen Bedingungen erfolgen. Das Recht befristeter und unbefristeter Kündigung wird durch Streik und Aussperrung nicht berührt.“

Das Reichsgerichtsurteil vom 6. Februar 1923, III 93/23, ist ebenfalls sehr unklar, und das Reichsgericht sagt selbst, man solle nicht verallgemeinern.

Die Arbeitnehmer müssen nach wie vor beachten: Wer ohne Einhaltung der Kündigungsfrist streift, kann fristlos entlassen werden; wer gleichermaßen aussperrt wird, kann die Einhaltung der etwa bestehenden Kündigungsfrist verlangen. Dem Frankfurter Urteil ist auf Grund der bestehenden Rechtslage entgegen zu treten, da andererseits auch bei Aussperrung die gleiche Rechtslage gelten müßte und der Kündigungsschutz vollkommen in Frage gestellt würde.

Der Ausweg besteht darin, daß starke Gewerkschaften vorhanden sind. Auch diese müssen bestehende Verträge achten, das erfordert Treu und Glauben. Aber eine starke Gewerkschaft kann so falls auch unter Vertragsbruch streifen lassen. Wird der Streik verloren, dann sind eben die Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Wird der Streik aber gewonnen, dann werden nicht nur die Forderungen durchgesetzt, sondern es kommt auch wieder zu Entlassungen noch zu Scheitern, da alles durch Vereinbarung geregelt wird. Anders geht es nicht und ist es auch heute trotz des Frankfurter Urteils noch nicht. Bei der Wichtigkeit der Materie war diese Richtigstellung notwendig, denn nichts ist gefährlicher, als eine Sache nur für sich und nicht im Zusammenhang zu betrachten.

Maßregelung eines Betriebsratsvorsitzenden.

Geschäftsführer Schumacher, der die Fleischerei des von der Stadtgüter G. m. b. H. verwalteten Gutes Habrechtshofleide leitet, hatte den Vorsitzenden des Betriebsrats, der seit 10 Jahren im Betriebe beschäftigt war, gekündigt und entlassen, ohne die nach § 96 B.R.G. erforderliche Zustimmung der Betriebsvertretung einzuholen. Bei Verhandlung der Klage, die der Betriebsrat deswegen beim Gewerbegericht anhängig machte, kam über den wahren und angegebenen Entlassungsgrund folgendes zur Sprache.

Der Betriebsratsvorsitzende hatte feinerzeit eine Klage beim Gewerbegericht eingereicht für einen Kollegen, der unter dem Verdacht des Diebstahls entlassen war. In der Prozeßbehandlung stellte sich die Grundlosigkeit des Verdachts heraus. Der Prozeß wurde durch einen Vergleich beendet.

Als dem Geschäftsführer diese Klage, die vom Vorsitzenden des Betriebsrats unterschrieben war, zugestellt wurde, ließ er den Betriebsratsvorsitzenden in sein Büro rufen und machte ihm Vorhaltungen darüber, daß er die Betriebsleitung verläßt habe. Der Betriebsratsvorsitzende antwortete, er habe mit der Unterzeichnung der Klage nur seine Pflicht getan und nicht beabsichtigt, sich persönlich gegen die Betriebsleitung zu wenden. Im unmittelbaren Anschluß an diese Auseinandersetzung sprach der Geschäftsführer die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden aus. Es kann hiernach gar nicht zweifelhaft sein, daß die Einreichung der Klage für den Grund der Entlassung ist. Der Geschäftsführer gab allerdings an, der Betriebsratsvorsitzende werde deshalb gekündigt, weil er mit Bezug auf die Kontrolle der Arbeiter gesagt habe: „Das ist ja hier wie im Gefängnis.“

Doch der Entlassungsgrund war für den Prozeß deshalb nicht von Bedeutung, weil ja die Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung ihres Vorsitzenden nicht eingeholt war. Der Geschäftsführer glaubte die Zustimmung nicht nachsuchen und auch den Kläger nicht wieder einstellen zu brauchen, weil dieser sich mit der Kündigung einverstanden erklärt haben soll durch die Worte: „Ich bin noch jung, ich werde andere Arbeit und Sie einen anderen Bekken finden.“ Der Kläger beschwor aber, er habe noch hinzugefügt: „Das weitere wird sich finden.“ — Daburch

hat er also zu erkennen gegeben, daß er mit der Kündigung nicht einverstanden war.

Das Gericht kam zu der Entscheidung: Die gegen den Vorsitzenden des Betriebsrats ausgesprochene Kündigung wird als ungerechtfertigt erklärt und die Beflagte verurteilt, ihn wieder einzustellen und die Kosten des Prozesses zu tragen. Als vor der Verkündung des Urteils über die Möglichkeit eines Vergleichs gesprochen, vom Kläger aber geantwortet wurde, er lehne eine Geldentschädigung, zu der die Beflagte bereit war, grundsätzlich ab und verlange seine Wiedereinstellung, die ja auf Grund des B.R.G. im Urteil ausgesprochen werden müsse, da erklärte Geschäftsführer Schumacher:

„Dem Urteil muß ich mich fügen, aber ich werde versuchen, ihn wieder rauszufüttern.“

Herr Schumacher ist also entschlossen, seinen rechtswidrigen Kampf gegen den Betriebsratsvorsitzenden fortzusetzen. Solche Politik, die den schlimmsten Scharfmachermanieren gleichkommt, sollte doch in einem Betriebe der Stadtgüter nicht geduldet werden.

Zur Berliner Operetten- und Revue-Theatersperre.

Für die jetzigen Vorstellungen im Thalia-Theater (Varieté) wurden unter Anerkennung unserer Forderungen Mitglieder unseres Verbandes verpflichtet. Die Sperrung über das Thalia-Theater wird deshalb aufgehoben.

Von sämtlichen Berliner Bühnen gelten zurzeit als gesperrt nur noch: 1. Berliner Theater, 2. Theater am Rollendörpplagh, 3. Metropoltheater, 4. Künstlertheater, 5. Theater in der Kommandantenstraße.

Auch das Berliner Sinfonie- (Blüthner-) Orchester, das sich noch nicht dazu verstehen konnte, seine Tätigkeit in einem der gesperrten Betriebe einzustellen, ist noch wie vor auf das strengste gesperrt.

Norddeutsche Schrauben- und Metallwerke.

Zu unserer Notiz in Nr. 520 teilt uns die Firma berichtend mit, daß der Betriebsleitung nichts von einer Versammlung oder Aussprache der Arbeiter bekannt war. Die Entlassung von zwei Arbeitern, von denen der eine nur etwa 10 Wochen bei der Firma beschäftigt war, sei lediglich wegen zu geringer Leistungen, insbesondere in der letzten Arbeitswoche erfolgt.

Die schlechte Geschäftslage in der Konfektion.

In unserem Bericht über die Lohnbewegung in der Berliner Herrenkonfektion am Mittwoch früh („Vorwärts“ Nr. 522) wurde die Behauptung der Arbeitgebervertreter erwähnt, daß trotz der Lebensmittelerhöhung die schlechte Geschäftslage keine Lohnerhöhung zulasse. Zur Illustration dieser Behauptung, die die Arbeitnehmer nicht recht glauben wollten, dient eine Anzeige folgenden Inhalts:

„Nur zur Vergrößerung meiner vorzüglich eingeführten hochrentablen, ständig flott beschäftigten Spezialfabrik der Konfektionsbranche in Dresden suche ich nicht zu jungen, tüchtigen Kaufmann (Konfession gleich) als tätigen Teilhaber mit 20 000 Gm. Einlage und sichere ihm pro Anno

mindestens 20 000 Gm. Gewinnanteil

zu. Es handelt sich um reelles hochlohnendes Unternehmen. Es wollen sich nur Herren... melden, welche auch das Geld nachweisbar haben.“

Wenn schon bei schlechter Geschäftslage solche Mindestgewinnanteile zugesichert werden können, und zwar selbst von reellem Unternehmer, dann möchte man doch gern einmal erfahren, was bei guter Geschäftslage aus der Konfektion herausgeholt wird. Sollte aber die Behauptung von der angeblich schlechten Geschäftslage nur ein Bluff gewesen sein, dann ist sie durch das vorstehende Inserat aus Dresden entlarvt.

Niedrige Löhne, hohe Preise und noch höhere Profite sind insbesondere auch für die Konfektion kennzeichnend. Soweit gar Heimarbeit vergeben wird, ist die Bezahlung hundsgeim, der Gewinn aber um so größer.

Kellner und Konjul.

Seit Jahren verkehrt Konjul Peters als Gast im Hotel Bristol. Wenn er den Kellner herbeirufen wollte, dann tat er nicht den Mund auf, sondern er machte durch Knipsen mit dem Finger ein Geräusch, welches dem Knall einer Peitsche nicht unähnlich ist. Bis hierher war es immer so: Bis der Hund dem Pfiff des Herrn folgt, so eilte auf das Knipsignal ein Kellner herbei und fragte mit demotem Bückling nach den Befehlen des Herrn Konjul. Doch eines Tages kam es anders. Der hervortretende Kellner, der wohl etwas mehr Selbstbewußtsein haben möchte, als dem Personal eines vornehmen Hotels gestattet ist, beachtete das Knipszeichen nicht. Darob entrüstet, stellte der Konjul den Kellner zur Rede und herrschte ihn an: „Haben Sie nicht gehört, daß ich gerufen habe?“ — Treffend antwortete der Kellner: „Sie haben ja nicht gerufen, sondern geknips.“ — Nun sei der Konjul zum Hotel-Direktor und beschwerte sich über den Kellner, der ihm „in freiem Ton“ geantwortet habe. Wie nicht anders zu erwarten, verschaffte der Direktor dem Konjul „Günstigung“ durch die Entlassung des Kellners.

Dieser socht seine Entlassung als unbillige Härte vor dem Gewerbegericht an, mit dem Erfolg, daß sein Anspruch gegen die Entlassung als gerechtfertigt anerkannt und die Beflagte verurteilt wurde, den Kläger entweder wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 265 Mark zu zahlen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, es sei ungehörig, einen Kellner durch Knipsen herbeizurufen. Ungehörig sei aber auch die Antwort (?) gewesen, die der Kläger dem Gast gegeben habe. Die

Entlassung sei jedoch nicht notwendig gewesen. Man hätte, um die Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu vermeiden, den Kläger in eine andere Abteilung verlegen können.

Heimarbeit!

Das Konfektionsgeschäft von Otto Brendel in Camburg an der Saale bezahlt seinen Heimarbeitern für Blusen durchschnittlich 15 Pfennig, für Kleider 32 Pfennig Maderlohn; macht für 12 Blusen und 6 Kleider in der Woche einschließlich Sonntags — der Haushalt muß mit in Ordnung gehalten werden — 3,68 Mark Wochenlohn.

Die noble Firma, die sich wahrscheinlich darauf berufen wird, daß andere gleich noble Firmen ja auch nicht mehr oder nicht viel mehr als 15 und 32 Pf. zahlen, mag weiter einwenden, daß eine Frau, der das nicht Lohn genug ist, nicht für sie zu arbeiten brauche; oder aber, daß eine Frau, die sich den Luxus eines „Haushalts“ nicht gestattet, bei längerer Arbeitszeit schließlich auch bis zu fünf oder gar sechs Mark die Woche bei ihr verdienen könne.

Kritik? Kein Wort! Ist die Ausbeutung gemeingefährlich, muß sie eingedämmt werden!

Die Gemeindeforbewegung im Westen beendet.

Dortmund, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei den am Mittwoch vom Reichs- und Staatskommissar Rehsch geleiteten Verhandlungen in dem Tarifvertrag der Gemeinde- und Staatsarbeiter vorgehenden Bezirksamtsstelle wurde in später Abendstunde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der Spitzenlohn gemäß dem Schiedsspruch vom 15. Oktober ab 27. Oktober auf 70 Pf. pro Stunde festgesetzt wird. Beide Parteien haben erklärt, den Schiedsspruch anzunehmen. Die Streikbewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter Rheinlands und Westfalens ist damit beendet.

Die Arbeitszeit in der Tschechoslowakei.

Der erste europäische Staat, welcher ein dem Washingtoner Übereinkommen voll entsprechendes Arbeitszeitgesetz erließ und dieses Übereinkommen ratifizierte, ist die Tschechoslowakei. Nun hat das Internationale Arbeitsamt eine Schrift über die Arbeitszeit in diesem Lande herausgegeben. Der erste Teil gibt Aufschluß über die Bestimmungen des tschechoslowakischen Gesetzes betreffend den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche. Ausführlich wird die Art der Anwendung des Gesetzes im Eisenbahnbetrieb behandelt. Auch die Vorschriften über zeitweise und dauernde Ausnahmen werden eingehend dargelegt. Daran schließt sich Angaben über die praktische Durchführung des Gesetzes. Zum Schluß wird auf die Regelung der Arbeitszeit durch Tarifverträge eingegangen.

Keinliche Verhandlungen über die Arbeitszeit, die früher erlittenen, betreffen Belgien, Frankreich, Deutschland, die Schweiz, Italien, Großbritannien und die Niederlande.

Im Feilsetzgerüstbauwerke ist über das neue Lohnabkommen vor längerer Zeit eine Einigung erzielt, während die Verhandlungen über den Mantelvertrag sich noch länger hinzogen. Diese Verhandlungen führten jetzt zu einer gegenseitigen Verständigung. Der Achtstundentag, Urlaub sowie einige Verbesserungen sind in diesem Mantelvertrag enthalten. Tarifverträge beim Verlebsbund, Angeleher 24—25.

Germaniabrauerei, Frankfurter Allee 302. Dieser in einem ausgesprochenen Arbeiterdortel gelegene Betriebsbetrieb wird hierdurch vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten gesperrt. Der Unternehmer erklärte einem Gewerkschaftsbeamten unserer Organisation: „Wenn die Arbeiter für ihre Versammlungen organisierte Kellner verlangen, sollen sie ihre Versammlungen woanders abhalten.“

Verantwortlich für Politik: Gust Reuter; Wirtschaft: Felix Galernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schütz; Sozial und Konfession: Fritz Rastbach; Anzeigen: Th. Gled: sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Weihnachtsüberraschung

als Prämie an meine Kunden bis Ende Dezember, bestehend aus **Speise- und Schlafzimmer, Küchen usw.**

Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & PREIDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2, ausgestellt** — Ferner 50 Preise à 10,— Mark bar.

Keine Einzahlung irgend eines Betrages erforderlich. **Kein Preisaufschlag.** Bedingungen unveränderlich im Laden.

Trauringe

1 Ring 900 gest. 7 Gr. schwer M. 28.00
1 Ring 585 gestemp. 4 Gr. schwer M. 12.—
1 Ring 333 gestemp. 3 Gr. schwer M. 6.40

H. Wiese, Juwelier Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12

Armbanduhren von der einlichsten bis zur elegantesten Ausführung i. e. größt. Auswahl i. konkurrenzlos billigen Preisen

Geschäftszeit von 9—7 Uhr

Hosen Hosen

jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale

Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.

München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rögner Str. 25 (nahe Gesandn.)
Blauer Laden — Fahrgeldvergr.

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig

Kolzhausbau Littmann
8 34, Leibnizstr. 51-53
Laden 1079-71

Besonders wirden sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Sonntags-Ausgabe des „Vorwärts“ und werden sehr billig!

Hautunreinigkeiten, Hautkrankheiten, Hautjucken

Von F. Kori, Leiter des künstlichen Höhensonnenbades „Altis“. Viele Menschen tragen tieber eine innere Krankheit als die geringste Hauterkrankung, zumal im Gesicht oder anderen Körperstellen, die besonders durch die jetzige Mode den Blicken anderer ausgesetzt sind. Selbst einfache Hautunreinigkeiten (Pickel usw.) tun nicht nur der Schönheit erheblichen Abbruch, sondern erzeugen oft bei anderen den (meist unbegründeten) Verdacht, als seien es ansteckende Hautkrankheiten, und die Betroffenen werden gemieden oder glauben es wenigstens. Da

sucht man Hilfe, wo man sie zu finden glaubt, und schmirt vergebens mit Salben, oder gebraucht in den Zeitungen angepriesene Schwindelmittel, die natürlich auch nicht helfen. Das wirklich zum Ziele führende Mittel, die Bestrahlung, kennen die wenigsten. Leider wenden auch manche Ärzte noch nicht dies Mittel an. Ich habe z. B. zahlreiche Patienten eines berühmten Professors für Hautkrankheiten in wenigen Sitzungen von der Partikelflechte befreit, die monatelang vergebens von ihm mit Salben behandelt wurden. Und dabei wirkt die Bestrahlung sofort, schon nach der ersten Sitzung. Zur Behandlung eignen sich alle nässen

den und trockenen Flechten, Hautunreinigkeiten, Bläschenflechten, Hautentzündungen, Frostbeulen, Bursenflechte der Haut, aber auch Hautgeschwüre, wie Furunkel, werden schnell und glänzend geheilt. Bei Lupus ist außerdem noch Ganzbestrahlung des Körpers nötig. Auch das quälende Hautjucken läßt in das Heilungsgebiet der künstlichen Höhensonne, besonders auch der unerträgliche Juckreiz an einzelnen Stellen (Aster, Erythrodermie, Schielhöhlen usw.). Die davon Betroffenen merken schon nach einer Bestrahlung das Nachlassen des Juckreizes und sind in kurzer Zeit ganz von ihrer Qual befreit. Ausgenommen ist nur die Krätze, bei der

die Milben erst durch Peru-Balsam abgetötet werden müssen. Die Bestrahlungen müssen natürlich durchaus sachgemäß erfolgen. Die Behandlung ist dann vollständig schmerzlos und ungefährlich. Ich möchte hieran anschließend noch für diejenigen, die oft von weither das Höhensonnenbad Altis zur Behandlung aufsuchen, mitteilen, daß meine Sprechstunden nur von 10—1 und 4—7^{1/2} Sonntags von 10—4 Uhr sind. Sonntags ist die Anstalt auch für Auswärtige geschlossen. Man möge sich auch genau merken: nur Belle-Alliance-Platz 6a (also nicht Belle-Alliance-Strasse oder Wilsbergplatz) nahe der Lindenstraße.

Die großen Vorteile und Ersparnisse sind es, die „BEWA“ immer mehr

Freunde erwirbt. Säumen auch Sie nicht länger, denn Sie sind uns ebenfalls dankbar, daß wir Sie auf „BEWA“-Seifenfäden aufmerksam machen.

Vorteil: Sehr ausgiebig, fabelhafte Schaumbildung, größte Reinigkraft, erfrischender Wohlgeruch. Schonen der Wäsche. Paket 40 Pf. Frei von Chlor. Fordern Sie „BEWA“ bei Ihrem Lieferanten, und wenn nicht vorrätig, fragen Sie im nächsten Geschäft; die kleine Mühe finden Sie lohnend bezahlt, da sie künftig nicht mehr soviel ausgeben brauchen.

BEWA-Seifenwerke, Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Str. 2 (Pfalzburger 3896 u. 4074)
Süden: Neue Roßstr. 6 (Wpl. 1726) — Osten: Paul Kuhnert, Badiner Str. 17 (Alex. 3949) — Moabit: M. Spieker, Tille-Wardenberg-str. 8 (Moab. 2611)

